

Demokratieförderung und die Legitimität amerikanischer Außenpolitik: aus amerikanischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2004

Greve, Patricia; Kolkmann, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Greve, P., & Kolkmann, M. (2005). *Demokratieförderung und die Legitimität amerikanischer Außenpolitik: aus amerikanischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2004*. (SWP-Zeitschriftensschau, 03/2005). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-366215>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Demokratieförderung und die Legitimität amerikanischer Außenpolitik

Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2004

Patricia Greve / Michael Kolkmann

Gut eineinhalb Jahre nach dem Irak-Krieg hat sich in den USA die wissenschaftliche Debatte über die amerikanische Politik der Demokratieförderung intensiviert. Dabei gibt die instabile Lage im Nachkriegs-Irak Anlaß, die Politik von Präsident George W. Bush kritisch zu beleuchten und nach der grundsätzlichen Legitimität amerikanischer Politik zu fragen. Zugleich wird darüber diskutiert, welche außenpolitische Strategie die Bush-Administration in ihrer zweiten Amtszeit verfolgen wird und verfolgen sollte – eine Diskussion, die nicht ohne Konsequenzen für das transatlantische Verhältnis bleiben wird.

Im Präsidentschaftswahlkampf 2004 begann eine äußerst kontroverse Diskussion über die außenpolitische Strategie der Vereinigten Staaten, die insbesondere seit der Wiederwahl von Präsident George W. Bush reger geworden ist.

Für die Politikwissenschaftler **G. John Ikenberry** von der Princeton University und **Charles A. Kupchan** von der Georgetown University in Washington zum Beispiel, die in der Herbst-Ausgabe des *National Interest* schreiben, beruht die Strategie der Bush-Administration auf zwei grundlegend falschen geopolitischen Annahmen: erstens, daß die Kombination von amerikanischer Macht und entschlossen unilateralem Vorgehen Stabilität in den internationalen Beziehungen befördert, und zweitens, daß die amerikanische Vorrang-

stellung von Dauer ist. Unipolarität an sich ist dabei für Ikenberry und Kupchan nicht das Problem. Es gehe eher um die Tatsache, daß der Wandel in der Art und Weise, wie amerikanische Macht von der Regierung Bush in den vergangenen vier Jahren eingesetzt wurde, nicht zu mehr Stabilität geführt habe. Zudem habe die Bush-Administration die Bedeutung von militärischer Stärke überschätzt.

Auch wenn sich bisher keine dauerhaften Allianzen gegen die USA gebildet hätten, sei eine subtilere Art von »balancing« festzustellen, wie die Koalition gegen eine zweite, Kampfhandlungen legitimierende UN-Resolution im Vorfeld des Irak-Krieges im Frühjahr 2003 gezeigt habe. Dieses »balancing« erhöhe die ökonomischen und politischen Kosten für die USA. Macht-

asymmetrien werden dieser Argumentation zufolge in Zukunft weniger ausgeprägt sein; die Europäische Union, Japan, China, Rußland, Indien und Brasilien werden selbstbewußter auftreten. Eine Politik, welche die amerikanische Vormachtstellung unter allen Umständen erhalten will, wird diese Entwicklung nach Meinung von Ikenberry und Kupchan nur verstärken.

Im Gegensatz dazu entwerfen die beiden Autoren eine alternative außenpolitische Strategie des »liberalen Realismus«: Konsultationsmechanismen und Allianzen müssen wiederbelebt werden, die breitere Verteilung politischer Macht in den internationalen Beziehungen sollte nicht aufgehoben, sondern konstruktiv durch die USA antizipiert und gesteuert werden, und die nicht-militärischen Dimensionen von Macht sollten wieder stärkere Beachtung finden. Anhand von Themen wie dem Kampf gegen den Terrorismus, der ökonomischen Strategie, der Rolle internationaler Institutionen und der Wichtigkeit von Legitimität grenzen Ikenberry und Kupchan ihren Ansatz von der »grand strategy« der Bush-Administration ab.

Clifford Kupchan, der als Vizedirektor für das Nixon Center in Washington tätig ist, widerspricht in seinem Artikel in der gleichen Ausgabe des *National Interest* der Auffassung, daß sich die Machtasymmetrien im internationalen System verstärken werden. Er geht vielmehr davon aus, daß die unipolare Welt für die kommenden Jahrzehnte »normativ gut und empirisch unvermeidlich« sei. Andere Staaten würden auch in Zukunft keine ernstzunehmenden Gegengewichte zur amerikanischen Macht bilden. Die Anhänger der Demokratischen Partei müßten diese Realitäten erst noch anerkennen, bevor sie mit einer angemessenen außenpolitischen Strategie darauf reagieren könnten. Kupchan bezeichnet die anzustrebende Strategie – eine begriffliche Konstruktion aus Realpolitik und Demokratie/Demokraten – als »Real Demokratik«. Die strukturelle Unipolarität anerkennend, müßten sich die USA mit ihrer Politik aktiv um die Erhaltung ihrer Sonderstellung

bemühen. Entscheidend dafür seien insbesondere internationale Legitimität, die aus multilateralem Vorgehen resultiere, und die innenpolitische Unterstützung für eine aktive Außenpolitik. Der Multilateralismus der Zukunft wird nach Kupchan weniger aus formellen Allianzen denn aus informellen, themenspezifischen Partnerschaften bestehen. Die Bedrohung durch den Terrorismus habe außerdem im internationalen System zu einer Stärkung der Rolle von Staaten geführt, für die innere und äußere Sicherheit wieder bedeutsamer geworden seien, und sie habe transnationale Akteure geschwächt. Dies werde auf Integration und Föderalismus gerichtete Bewegungen bremsen.

Mitte November betonten in dem Online-Wochenmagazin *In The National Interest*, einer Kooperation der Zeitschrift *National Interest* mit dem Nixon Center, **Robert F. Ellsworth**, der frühere stellvertretende Verteidigungsminister, und **Dimitri K. Simes**, der dem Center als Direktor vorsteht, daß Präsident Bush mit seiner Wiederwahl keineswegs ein Mandat für die Fortsetzung seiner bisherigen Außenpolitik erhalten habe. Sie entwerfen eine Strategie des »high-minded realism« (gehobener Realismus) für die zweite Amtszeit von Präsident Bush, die sich gegen die »immer einflußreichere Allianz« von liberalen Interventionisten und Neokonservativen richtet. Ein solcher Realismus verbinde Ideale mit Pragmatismus und erkenne, daß ein effektiver Kampf gegen den Terrorismus nicht immer mit der Verbreitung von Demokratie in Einklang zu bringen ist. Der »Übereifer« bei der Demokratieverbreitung habe zur gefährlichen »Überdehnung« amerikanischer Macht im Irak geführt; die USA hätten mit hohen menschlichen Verlusten bezahlt, mit finanziellen Belastungen, dem Verlust an internationalem Prestige und der Fähigkeit, sich um andere, ebenfalls dringende und prioritäre Aufgaben (wie die nuklearen Programme Nordkoreas und des Iran) zu kümmern.

Eine auf fünf Prinzipien beruhende Kurskorrektur sei notwendig: Erstens sollte der

Krieg gegen den Terrorismus das »wahre« umfassende Prinzip amerikanischer Außenpolitik sein; weder wirtschaftliche Interessen noch ökologische Themen oder Menschenrechte sollten auf Kosten dieses Krieges Priorität genießen. Zweitens sollte »präemptives« (eigentlich präventives) Vorgehen auf Herausforderungen vitaler nationaler Interessen beschränkt bleiben; die USA hätten verstärkt darauf hinzuwirken, andere »relevante Nationen« soweit wie möglich zur Übernahme von US-Positionen zu bewegen. Drittens müßten Entscheidungsträger mit »einem Funken Bescheidenheit« über amerikanische Werte reden, dabei aber ihre Interessen energisch vertreten. Viertens müßten die USA sich von der falschen Vorstellung verabschieden, daß alle Nationen und Kulturen im wesentlichen die gleichen Werte und Einstellungen teilten. Fünftens schließlich dürfe die amerikanische Wertschätzung von Demokratie nicht ein »imperialer Befehl« sein. Als »shining city on a hill« sollten die USA Beispiel sein, aber kein Imperium, das Unterwerfung fordert. Das Entscheidende sei die Verfolgung von Interessen, die auch von anderen Ländern geteilt werden.

Ein »vierter Weltkrieg«?

In einem langen Essay in der September-Ausgabe von *Commentary* liefert der Alt-Neokonservative **Norman Podhoretz** noch einmal die Interpretation der veränderten außenpolitischen Rahmenbedingungen nach dem 11. September 2001, die sich die Bush-Administration zu eigen gemacht habe, und bezeichnet den Kampf gegen islamistischen Extremismus und Terrorismus als »vierten Weltkrieg«. Sein Motiv ist nicht zuletzt, den eingeschlagenen Kurs zu rechtfertigen. Podhoretz betont, daß die seit dem 11. September 2001 von der Bush-Administration verfolgte Politik auch in den kommenden Jahren der einzig denkbare, sichere Weg für die USA sei. In seinem Artikel rekapituliert er die Geschichte amerikanischer Politik im Mittleren Osten und

gegen islamistischen Extremismus aus neokonservativer Sicht, beklagt den selbstverschuldeten »Niedergang amerikanischer Macht« nach dem Rückzug aus Vietnam wegen »isolationistischer und pazifistischer« Ansichten und vergleicht Bin Ladens Ambitionen mit denen von Hitler und Stalin. Wie der »dritte Weltkrieg« (der Kalte Krieg) durch die Truman-Doktrin erklärt worden sei, so sei mit der Bush-Doktrin der »vierte Weltkrieg« erklärt worden. Diese Doktrin ruht für Podhoretz auf vier Säulen: auf der Ablehnung von »moralischem Relativismus« in der internationalen Politik, auf der Interpretation des Terrorismus nicht als ein personifiziert-individuelles, sondern als ein von bestimmten Regierungen unterstütztes Phänomen, auf dem Recht zur »Präemption« und auf der »Vision« eines demokratischen palästinensischen Staates, der friedlich an der Seite Israels bestehe.

In einem zweiten Teil seines Artikels beschäftigt sich Podhoretz mit der nationalen wie internationalen Opposition gegen diese Doktrin: National sei diese stärker als die frühere Vietnamkriegs-Opposition, da sie Einfluß auf wichtige Institutionen wie Universitäten, Fernsehen, Printmedien und den Literaturbetrieb habe. Der rasche Aufstieg der neuen Antikriegsbewegung sei nicht zuletzt auch durch den sie verstärkenden internationalen, zumal europäischen Anti-Amerikanismus zu erklären. Während die Europäer noch in dem von Robert Kagan beschriebenen »post-historischen Paradies« lebten, stellten sich die Amerikaner bislang den machtpolitischen Realitäten. Die USA hätten mit der zukunftsweisenden Bush-Doktrin die Vergangenheit hinter sich gelassen, in der europäische Länder (und Liberale in den USA) noch immer verharren. In Zukunft, so Podhoretz, werde es stärker um Präemption als um Abschreckung gehen und eher auf die militärische Macht der USA ankommen als auf die von den Vereinten Nationen und »anderen Relikten des dritten Weltkriegs« propagierte »soft power«.

»Democratic Realism« oder »Democratic Globalism«?

Eine weitere interessante Debatte hat sich im zweiten Halbjahr 2004 zwischen zwei der prominentesten Neokonservativen entsponnen – **Francis Fukuyama** von der School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University und **Charles S. Krauthammer**, Publizist und Kolumnist bei der *Washington Post*. In Reaktion auf einen Vortrag von Krauthammer am American Enterprise Institute im Februar 2004 (»Democratic Realism. An American Foreign Policy for a Unipolar World«) hat Francis Fukuyama im Sommer 2004 im *National Interest* eine Kritik an einer bestimmten Richtung des Neokonservatismus verfaßt, die er nicht zuletzt in der Irak-Politik der Bush-Administration manifestiert sieht. Krauthammers Position sei wirklichkeitsfern, die neue Faktenlage im Irak lasse er gänzlich außer acht. Er definiere amerikanische Interessen einerseits so eng, daß sein Neokonservatismus kaum vom Realismus zu unterscheiden sei; andererseits überschätze er die Reichweite und Bedeutung amerikanischer Macht. Krauthammers axiomatische Szenarien für ein militärisches Eingreifen der USA – in Fällen »strategischer Notwendigkeit«, in Fällen einer »globalen, tödlichen Bedrohung der Freiheit« – seien kaum praktikabel. Eine weitere Schwäche von Krauthammers Position sei die Vernachlässigung von Legitimität. Fukuyama bringt in diesem Kontext seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, daß sich der Neokonservatismus mittlerweile mit dem Politikziel der Demokratieverbretung assoziiert hat. Schließlich hätten sich gerade die frühen Neokonservativen vom Liberalismus der sechziger und siebziger Jahre verabschiedet, weil sie gegen »social engineering« gewesen seien und die Grenzen staatlicher Politik betont hätten.

Fukuyama schlägt eine alternative neokonservative Position vor, die zwar ebenfalls amerikanische Macht für Interessen und Werte eingesetzt sehen will, jedoch in einer umsichtigeren Weise, als dies

bis dahin geschehen sei. Dies beinhalte die Konsultation von Alliierten sowie die Bildung von Koalitionen. Die Verbreitung von Demokratie solle auf der Agenda bleiben, allerdings müßten die USA ihre Fähigkeiten realistischer einschätzen und die Planung von »state building«-Einsätzen verbessern, bei denen es vorrangig um die Bildung von Institutionen ginge.

In seiner Replik auf Fukuyama faßt Krauthammer in der Herbst-Ausgabe des *National Interest* seine ursprünglichen Argumente noch einmal zusammen und stellt seine Idee eines »Democratic Realism« als realistischere Variante des seiner Auffassung nach allzu idealistischen »Democratic Globalism« dar. Dies seien zwei Varianten des Neokonservatismus – eine Differenzierung, die Fukuyama übersehen habe. Krauthammer weist auch anhand konkreter Szenarien dessen Kritik zurück, daß seine Axiome für den Einsatz amerikanischer militärischer Macht nicht praktikabel seien. Zu dem Problem internationaler Legitimität merkt Krauthammer an, daß dies für die Nachkriegssituation im Irak nicht von Bedeutung gewesen sei. Was die Schwierigkeiten des »state building« im Irak und der Demokratieverbretung allgemein betreffe, beschäftige sich Fukuyama nicht mit der Frage der Notwendigkeit einer solchen Politik, sondern nur mit den Gefahren ihres Scheiterns. Letztendlich bestünde die Meinungsverschiedenheit primär in der Frage, ob der Irak-Krieg gerechtfertigt war. Fukuyama argumentiere weniger prinzipiell als vielmehr aus dem sicheren Abstand der Retrospektive.

Demokratieverbreitung und ihre Grenzen

Das Politikziel der Demokratieverbretung ist ein Leitmotiv der öffentlichen Bekundungen der Bush-Administration – und für viele Kritiker durch den Irak-Krieg diskreditiert. In der Winter-Ausgabe des *Washington Quarterly* schreibt **Michael McFaul** von der Carnegie Endowment for International

Peace hingegen, daß die Demokratie als internationale Norm wirkungsvoller denn je und daß die Verbreitung von Demokratie im überwiegenden Teil der internationalen Staatengemeinschaft als Ziel von Außenpolitik akzeptiert sei. Obwohl die Souveränität von Staaten in der internationalen Politik immer noch mehr wiege als der Schutz der Rechte von Individuen, seien Veränderungen dieses Verhältnisses festzustellen. Auch autokratische Regime fühlten sich mittlerweile genötigt, ihre Systeme als demokratisch zu bezeichnen; in den meisten Regionen korrelierten Demokratie und wirtschaftlicher Wohlstand positiv.

Die einzige ernstzunehmende Herausforderung für die liberale Demokratie ist laut McFaul heute der »Osama-Bin-Ladenismus« und dessen Varianten. Diese ideologische, illiberale und antimoderne Bewegung lehne nicht nur die Demokratie als Herrschaftsform ab, sondern werbe auch für eine alternative, werte-basierte politische Verfassung. Sie sei durchaus imstande, Demokratien zu attackieren, habe bisher aber noch keine demokratischen Regime stürzen oder die territoriale Integrität demokratischer Staaten gefährden können. Wenngleich laut McFaul die Verfechter der Demokratie in arabischen Ländern noch in der Minderheit sind, hätten sie den politischen Diskurs in diesen Ländern bereits verändert. Die Verachtung für die USA im Mittleren Osten sei nie größer gewesen, und dennoch sei die Debatte über demokratische Reformen nie ernsterhaft geführt worden als heute. Für Demokratie und gegen Amerika zu sein ist nach McFaul kein Gegensatz mehr.

Thomas Carothers, ebenfalls von der Carnegie Endowment for International Peace und schon lange mit Fragen der Demokratieverbreitung befaßt, beurteilt den Erfolg der internationalen Förderung demokratischer Entwicklung skeptischer. Er schreibt in der Dezember-Ausgabe von *Current History*, daß zwar sukzessive mehr Menschen, Organisationen und Regierungen sich der Verbreitung von Demokratie

verschrieben hätten, daß aber die »dritte Welle der Demokratisierung« (Samuel Huntington), die Mitte der siebziger Jahre eingesetzt habe, zum Stillstand gekommen sei. Folgende Faktoren macht Carothers dafür verantwortlich: das Fortbestehen bzw. die Wiederbelebung autoritärer Kräfte und Strukturen (zum Beispiel in der ehemaligen Sowjetunion); die unzureichende wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit nicht-konsolidierter demokratischer Staaten (zum Beispiel in Süd- und Mittelamerika und in Südosteuropa); das wirtschaftliche Leistungsvermögen autoritärer Regime in den letzten zehn Jahren (das »Modell China«); der Krieg gegen den Terrorismus und die unter seinen Vorzeichen von den USA besonders intensiv gepflegten Beziehungen zu autoritären und semi-autoritären Ländern wie Pakistan, Usbekistan und Rußland. Zudem stimmten die arabischen Eliten nicht mit der neuen westlichen Auffassung überein, daß demokratischer Wandel eine notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche Bekämpfung des Terrorismus sei. Wenn sie vereinzelt Reformen durchführten, so eher, um ihre Macht zu sichern und Demokratie zu verhindern. Statt salbungsvoller Rhetorik von westlicher Seite ist für Carothers erhöhter Druck auch auf autoritäre Regime gefordert, die kurzfristige ökonomische und sicherheitspolitische Vorteile bieten, aber langfristig Probleme bereiten, insbesondere in der ehemaligen Sowjetunion und im Mittleren Osten.

Umfangreiches empirisches Material präsentieren zu diesem Thema **Jack A. Goldstone**, der an der George Mason University in Virginia lehrt, und **Jay Ulfelder** von der Political Instability Task Force (PITF), die sich in einem Beitrag für das *Washington Quarterly* mit den Gründen für staatliche (In-)Stabilität und der Rolle demokratischer Institutionen befassen. Sie stützen sich dabei auf eine Studie zur weltweiten Entwicklung von Demokratien und Diktaturen im Zeitraum 1955 bis 2002, die von der sogenannten Political Instability Task Force im Auftrag der CIA erstellt

wurde. Danach haben ökonomische, ethnische und regionale Faktoren nur geringen Einfluß auf staatliche Stabilität. Entscheidender seien die länderspezifischen Formen politischen Wettbewerbs und politischer Autorität. Schlüssel für Stabilität seien die Entwicklung demokratischer Institutionen, die Vermeidung von politischer Polarisierung und die Begrenzung exekutiver Macht. Während (sozio-)ökonomische Faktoren durchaus eine Rolle spielten, seien wirtschaftlicher Wohlstand und eine homogene Gesellschaft keine unmittelbaren Gewährsfaktoren für ein stabiles, demokratisches Regime.

Erstrebenswert sei, so folgern die Autoren, ein politisches System mit offenem Wettbewerb zwischen Parteien, die die exekutive Macht beschränken. Die Übergangsformen von Autokratien mit geringem politischem Wettbewerb oder von nominellen Demokratien mit dominanten Exekutiven sind am stärksten durch Instabilität gefährdet. Die Institutionen eines Staates müssen, damit der Wandel zur Demokratie gelingt, von Anfang an die Parteien dazu ermutigen, Unterstützung in verschiedenen sozialen Gruppen zu suchen, und sie müssen den Akteuren Anreize bieten, Kompromisse zu schließen. Vorstellungen von Demokratie als unbeschränkter »Herrschaft der Mehrheit« unterstützten dagegen Vorstellungen wie jene, daß die Mehrheit über die Zugehörigkeit zu einer Religion, Ethnizität oder Klasse definiert würde.

Die Legitimität amerikanischer Macht

Wenn bisweilen vom Niedergang der amerikanischen »soft power« (Joseph S. Nye) in der Außenpolitik der letzten vier Jahre die Rede ist, so sind damit Probleme der Legitimität amerikanischer Machtausübung angesprochen. In ihrem Aufsatz in der November/Dezember-Ausgabe von *Foreign Affairs* betrachten **Robert W. Tucker** und **David C. Hendrickson** die Ursprünge

amerikanischer Legitimität und versuchen vor diesem Hintergrund, deren Niedergang zu erklären. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete die internationale Legitimität auf vier Säulen: auf der praktizierten Überzeugung der politischen Elite der USA, daß Konflikte auf der Grundlage internationalen Rechts zu lösen seien; auf der Verpflichtung zur konsensualen Entscheidungsfindung; auf dem Ruf der USA, die sich widerwillig auf die Rolle des »Friedenswächters« eingelassen hatten, moderate politische Entscheidungen zu treffen; sowie auf dem Erfolg der Friedenssicherung und ökonomischen Entwicklung innerhalb der Gemeinschaft der Industrienationen. Der Verlust an internationaler Legitimität während der letzten vier Jahre beruhe spiegelbildlich auf dem Mißtrauen der Bush-Administration gegenüber dem Völkerrecht, der Vernachlässigung von Konsultationen und der Abkehr von den Doktrinen des »containment« und der »deterrence«. Auch wenn Elemente der Bush-Doktrin bereits von verschiedenen Vorgänger-Administrationen vertreten worden seien, so argumentieren Tucker und Hendrickson weiter, seien sie erst unter Bush und den Neokonservativen in seiner Regierung gebündelt und durchgesetzt worden. Die Autoren verweisen insbesondere auf die Gefahr der Aushöhlung des Völkerrechts durch Berufung auf Ausnahmetatbestände. Um internationale Legitimität wiederzuerlangen, reiche eine verbesserte amerikanische »public diplomacy« nicht aus. Es gehe vielmehr darum, die politischen Grundsätze und ihre Praktizierung aufzugeben, die den zu beobachtenden Niedergang herbeigeführt hätten.

Konsequenzen für das transatlantische Verhältnis

Die Legitimität amerikanischer Machtausübung hängt nicht zuletzt von einem funktionierenden, eher von Konsens als von Konflikt getragenen transatlantischen Verhältnis ab. Die November-Ausgabe der Zeitschrift *Current History* ist schwerpunktmäßig

diesem Thema gewidmet. **John Peterson** argumentiert, daß die derzeitige Diskussion über die Krise im transatlantischen Verhältnis zwei zentrale Punkte vernachlässige: Zum einen seien die transatlantischen Beziehungen schon vor dem Antritt der Regierung George W. Bushs durch das Ende des Kalten Krieges grundlegend und dauerhaft verändert worden. Zum anderen bestehe über die Ziele der internationalen Politik weiterhin große Einigkeit – eine Tatsache, die laut Peterson angesichts der Meinungsverschiedenheiten über die anzuwendenden Mittel häufig übersehen werde. Die beiden drängendsten Fragen seien, ob und wie die Formulierung einer gemeinsamen Position gegenüber dem »Greater Middle East« gelingen und wie die transatlantischen Beziehungen den neuen internationalen Gegebenheiten angepaßt werden könnten.

Über einen kontrastierenden Vergleich transatlantischer Krisen der Vergangenheit mit der aktuellen Irak-Krise arbeitet der Autor deren Besonderheiten heraus; er sieht einen Trend zu einem zusehends auch außenpolitisch vereinigten Europa. Auch wenn der Irak-Krieg die europäischen Ländern gespalten habe, könnte er als Initialzündung für eine außenpolitisch zielstrebigere EU wirken und damit auch den Anfang setzen für eine neue Art von transatlantischen Beziehungen. Zwar könne die EU die amerikanische Regierung (noch) nicht dazu zwingen, eine an Kooperation orientierte internationale Koalition um eine transatlantische Kernagenda herum zu organisieren. Aber ein Europa, das sich auch global sukzessive zu einem wichtigen Akteur entwickle, sei eine zentrale Vorbedingung für eine solche Politik. Der Autor sieht bereits Beispiele für gemeinsame Anstrengungen von USA und EU im Mittleren Osten, wo eine pragmatische Arbeitsteilung funktioniert habe.

Peterson schlägt eine Überarbeitung der »New Transatlantic Agenda« der Clinton-Administration vor, um die Beziehungen zu »modernisieren«. Dabei gehe es, erstens, darum, den Austausch über militärische

Fragen bei den Gipfeltreffen von USA und EU zu erleichtern, institutionelle Neuerungen der EU, zum Beispiel die Einsetzung eines EU-Außenministers, besser in das transatlantische Beziehungsgefüge einzubetten und Parlamentariern in den Gesprächen eine größere Rolle zuzugestehen. Zweitens müßten die USA sich auf den wachsenden Pluralismus in der europäischen Außenpolitik einstellen und eine »Einheit durch Vielfalt« akzeptieren. Schließlich müßten die USA und die EU eine Reform der UN und insbesondere des Sicherheitsrates vorantreiben, da sonst die Idee der UN als primäres Forum für die legitimierte Willensbildung der internationalen Staatengemeinschaft weiter untergraben werde.

Gemeinhin gilt der Wirtschaftsaustausch als relativ unbehelligt von der Krise in den transatlantischen Beziehungen. **Johannes F. Linn** von der Brookings Institution fragt in der November-Ausgabe von *Current History*, ob die ökonomischen Verbindungen zwischen Europa und den USA eine Gewähr dafür bieten, daß die historisch gewachsene transatlantische Gemeinschaft auch politisch wieder zusammenfinden oder zumindest nicht vollkommen obsolet werden wird. Oder sei es eher so, daß sich aufgrund der politischen Irritationen auch die Wirtschaftsbeziehungen immer schwieriger gestalten werden?

Europa sei für die USA und die USA seien für Europa weiterhin die ökonomisch wichtigste Region der Welt. Doch immer häufiger sei es in letzter Zeit zu Disputen gekommen. Dabei hätten sich Streitigkeiten über Marktzugänge (zum Beispiel für Medikamente) relativ leicht und ohne großes öffentliches Aufsehen beilegen lassen, während Konflikte über Industriepolitik (Flugzeugbau oder Digitalfernsehen) schwieriger zu lösen gewesen seien. Immerhin habe die WTO oder die OECD nur in wenigen Fällen eingeschaltet werden müssen. Es habe den Anschein, als mache die Ausräumung ideologischer Meinungsverschiedenheiten (über Wachstumshormone oder genetisch veränderte Lebens-

mittel) derzeit die meisten Mühen, da sie auf ein großes öffentliches Interesse stießen und in der Regel Interessengruppen und NGOs mobilisierten. Doch sei diese Art von Disputen selten. Zudem hätten die Regierungen beider Seiten bewußt den ökonomischen Bereich von den hitzigen Debatten über diplomatische und sicherheitspolitische Fragen abgeschirmt. Wegen der großen wirtschaftlichen Interdependenz seien die binnenwirtschaftlichen Probleme der einen Seite auch von Bedeutung für die andere; die Bereitschaft, sich über nationale ökonomische Entscheidungen abzustimmen, sei aber zumeist relativ gering. Letztendlich könne die Ökonomie, so schlußfolgert Linn, dann als verbindendes Element in der Partnerschaft zwischen den USA und Europa fungieren, wenn es gelinge, einen effektiven Rahmen für wirtschaftspolitische Konsultationen zu finden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380

Besprochene Aufsätze

Carothers, Thomas, Democracy's Sobering State, in: Current History, (Dezember 2004), S. 412-416

Ellsworth, Robert F./Simes, Dimitri K., Realism's Shining Morality: The Post-Election Trajectory of US Foreign Policy, in: In the National Interest, 18.11.2004, <<http://www.inthenationalinterest.com/Articles/November2004/November2004Realist.html>>

Fukuyama, Francis, The Neoconservative Moment, in: The National Interest, (Sommer 2004), S. 57-68

Goldstone, Jack A./Ulfelder, Jay, How to Construct Stable Democracies, in: The Washington Quarterly, 28 (Winter 2004-05) 1, S. 9-20

Ikenberry, G. John/Kupchan, Charles A., Liberal Realism. The Foundations of a Democratic Foreign Policy, in: The National Interest, (Herbst 2004), S. 38-49

Krauthammer, Charles S., Democratic Realism. An American Foreign Policy for a Unipolar World, 2004 Irving Kristol Lecture, American Enterprise Institute, Washington, D.C., 10.2.2004, <http://www.aei.org/news/newsID.19912/news_detail.asp>

Krauthammer, Charles S., In Defense of Democratic Realism, in: The National Interest, (Herbst 2004), S. 15-25

Kupchan, Clifford, Real Democratik, in: The National Interest, (Herbst 2004), S. 26-37

Linn, Johannes F., Europe and America: The Economic Ties that Bind, in: Current History, (November 2004), S. 370-375

McFaul, Michael, Democracy Promotion as a World Value, in: The Washington Quarterly, 28 (Winter 2004-05) 1, S. 147-163

Peterson, John, All in the (Dysfunctional) Family? Transatlantic Relations after Iraq, in: Current History, (November 2004), S. 355-363

Podhoretz, Norman, World War IV: How It Started, What It Means, and Why We Have to Win, in: Commentary, (September 2004), S. 17-54

Tucker, Robert W./Hendrickson, David C., The Sources of American Legitimacy, in: Foreign Affairs, (November/Dezember 2004), <<http://www.foreignaffairs.org/20041101faessay83603/robert-w-tucker-david-c-hendrickson/the-sources-of-american-legitimacy.html>>